
EINKOMMENS POLITIK UND NEUE POLITISCHE ÖKONOMIE

Zu: H. Ribhegge,

Rationale Einkommenspolitik aus der Sicht
der Neuen Politischen Ökonomie,
J. C. B. Mohr (Paul Siebeck),
Tübingen 1978

In der wirtschaftspolitischen Theorie gibt es kontroverse Auffassungen über die Notwendigkeit und Konformität der Einkommenspolitik. Einige Ökonomen lehnen die Einkommenspolitik als Instrument der Stabilisierung grundsätzlich ab. Die anderen im Gegenteil meinen, daß sie eine notwendige Ergänzung der traditionellen Stabilisierungsmaßnahmen darstelle, die sich schon durch die Kosteninflation rechtfertigen lasse und die wirtschaftliche Freiheit nicht aufhebe. Gab es Länder wie die Niederlande, wo die Einkommenspolitik bereits in den 50-er Jahren institutionalisiert wurde, so unternahm man in der Bundesrepublik den Versuch, Einkommen zu regulieren, erst seit 1967.

Die vorliegende Arbeit versteht H. Ribhegge als Beitrag zur Weiterentwicklung der gesamtwirtschaftlichen Theorie der Kooperation. Dabei behandelt er die Vor- und Nachteile einer Zusammenarbeit der Regierung mit den Gewerkschaften und Unternehmensverbänden im Rahmen der Einkommenspolitik.¹ Als Grundlage für seine Untersuchung dient die in der BRD praktizierte Form der Einkommenspolitik, die auch als „konzertierte Aktion“ bekannt wurde.² Das Ziel der Arbeit ist es, über den Stand der heutigen Diskussion hinaus zu klären, welche Möglichkeiten es in einem marktwirtschaftlichen System

für eine freiwillige Einkommenspolitik eigentlich gibt. Mit Hilfe der Methode der „Neuen Politischen Ökonomie“ sollen hier die Funktionsbedingungen für eine sinnvolle und rationale Kooperation von Regierung und Tarifpartnern entwickelt werden. Der Autor geht nämlich davon aus, daß für den Inflationsprozeß das Verhalten der Regierung und der Notenbank ebenso bedeutsam ist wie dasjenige der Tarifpartner. Diese politischen Einflußfaktoren sowie das Problem der Machtstruktur werden jedoch von der Wirtschaftspolitik völlig vernachlässigt. Erst die Untersuchung des Verhaltens der wirtschaftspolitischen Akteure soll Klarheit über die Chancen der Stabilitätspolitik verschaffen.

Den Ausgangspunkt der Arbeit bildet die zugrundeliegende Annahme, daß die Regierung allein, d. h. ohne Mitwirkung der autonomen Gruppe, die Inflation nicht bekämpfen kann. Im Gegensatz zu der verbreiteten Meinung weist der Autor nach, daß eine Mitarbeit der Sozialpartner nur dann erwartet werden kann, wenn sie sich für die Teilnehmer als vorteilhaft erweist. Um die Chancen der Einkommenspolitik beurteilen zu können, müßte man deshalb die Interessen der einzelner Teilnehmer analysieren und entsprechend neue Verhaltensregeln aufstellen. Daß das Interesse an der Inflationsbekämpfung nicht apriori vorausgesetzt werden kann, zeigt H. Ribhegge anhand seiner Untersuchung des Regierungsverhaltens. Der bei einer konsequenten Stabilisierungspolitik auftretende Konflikt zwischen Vollbeschäftigung und Geldwertstabilität rückt dabei in den Mittelpunkt.

Bei der Bekämpfung von Preissteigerungen ist die Regierung auf die öffentliche Meinung angewiesen. Die Öffentlichkeit wird aber meist bei der galoppierenden Inflation sensibilisiert, wo gerade dann die Regierung selten

kurzfristig Erfolge aufweisen kann. Ansonsten gilt die Arbeitslosigkeit als das größere Übel. Außerdem läßt sich mit der Inflation bequem leben. Die ständige Ausweitung des Budgets fällt während einer schleichenden Inflation leichter als bei einer rückgängigen Konjunktur. Da die finanzpolitischen Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung oft auf Widerstand stoßen, besteht für die Regierung de facto kein Anreiz, „eine konsequente Stabilisierungspolitik zu betreiben“ (S. 183). Je länger jedoch die Inflation von den Wirtschaftssubjekten antizipiert wird, d. h. je länger der Inflationsprozeß andauert, desto schwieriger kann man ihr Verhalten ändern. Moralische Appelle bleiben dann meist ohne jegliche Wirkung, da sie im Widerspruch zum rationalen Verhalten der Zielgruppen stehen. Diese Maßnahmen können sogar den Einzelnen oder auch eine kleine Gruppe in Konflikt mit den etablierten Normen bringen. Stabilitätskonformes Verhalten kann erst dann von den einzelnen Teilnehmern erwartet werden, wenn sich die neuen Normen für sie als vorteilhaft erweisen. Dies setzt jedoch einen Lernprozeß voraus, dem sich die Tarifpartner nur im Falle einer Vertrauensatmosphäre unterziehen. Wie dies die Regierung zustande bringt, wird von dem Autor leider nicht weiter ausgeführt. Dazu kommt die Tatsache, daß die Einkommenspolitik nicht immer nur Vorteile für alle Wirtschaftssubjekte bringen kann.

Eine Chance gibt der Autor jedoch nur einer solchen Einkommenspolitik, die von den Sozialpartnern gebilligt wurde, da diese sonst die Stabilitätsbemühungen der Regierung leicht unterlaufen könnten. Dabei unter-

schätzt er das Problem der zuverlässigen Orientierungsdaten. Damit die Regierung neue Verhaltensregeln aufstellen kann, ist sie nämlich auf Informationen angewiesen, die — abgesehen von der Problematik des Konjunkturzyklus — von den Tarifpartnern bewußt manipuliert werden können. Die darauf bauenden Leitlinien können sich schnell als falsch erweisen und somit wird auch die Vertrauensatmosphäre schwinden. Das der Inflation angepaßte Verhalten der Tarifpartner wird fortgesetzt und die Regierung bald gezwungen, zu stärkeren Mitteln wie Preis- und Lohnkontrollen zu greifen. Auf diese Probleme geht der Autor leider nicht ein. Die Preis- und Lohnstopps könnten sich aber zumindest kurzfristig als wirksam erweisen, da sie der antizipierten Inflation ein Ende setzen und die ernste Absicht der Regierung zeigen, die Inflation zu bekämpfen. Werden sie jedoch nicht von geld- und finanzpolitischen Maßnahmen begleitet, so werden die unterbrochenen Preissteigerungen bekanntlich nachgeholt.

Der Verdienst des Buches besteht vor allem darin, daß die Möglichkeiten der Kooperation zwischen Regierung und Sozialpartnern untersucht und mögliche Interessenkonflikte aufgezeigt werden. So wird z. B. ersichtlich, daß sich die Regierung im Konflikt zwischen der Machterhaltung der Regierungspartei und der Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung meist für das erste Ziel entscheidet. Daraus folgt Ribhegge, daß eine Inflationsbekämpfung seitens der Regierung und Notenbank allein nicht erfolgreich werden kann; sie führe höchstens zur Stagflation.

Jiri Dobrovolny